

Gegen die Staffclung legten deshalb die bürgerlichen Parteien beim Reichsfinanzminister Protest ein, so daß dieser die Durchführung der Staffclung verbot. Nun müssen Arme und Reiche gleichmäßig diese ungerechte Steuer bezahlen.

Durch den stetigen Kampf der sozialdemokratischen Fraktion

gelang es dann endlich, daß wenigstens die ärmsten Volksgenossen von der ungerechten Steuer befreit wurden. Im April 1927 wurde vom Landtag der Antrag des Genossen Hobloff folgendermaßen angenommen: Die Steuer ist zu erlassen, wenn der Ruhensberechtignte unter 1200 M. jährlich Einkommen hat. Diese Freigrenze erhöht sich für jeden der Familienangehörigen um je 100 M. Ferner muß die Steuer allen Sozialrentnern, Kleinrentnern, Kriegerhinterbliebenen und kriegsbeschädigten erlassen werden, sofern sie eine öffentliche Unterstützung beziehen.

Wer hat die Hauszinssteuer erfunden?

Die Schwarzweihroten!

Wer wollte die Hauszinssteuer kasseln, so daß die Großen viel, aber die Kleinen wenig bezahlen sollten?

Die Sozialdemokraten!

Wer hat gegen jede Staffclung protestiert und sie unmöglich gemacht?

Die Schwarzweihroten!

Wer hat die Befreiung der ganz Armen von der Hauszinssteuer durchgesetzt?

Die Sozialdemokraten!

Wer hat die Hauszinssteuer in Braunschweig in drei Jahren von 4,7 Mill. Mark auf 9,6 Mill. Mark erhöht?

Die Schwarzweihroten!

Gibt diesen Volkseindern am 27. November die Antwort. Wählt zur Landtagswahl alle sozialdemokratisch, Liste 1.

Ummie, Diefede und Ronegen

Diese schwerreiche Millionenfirma mußte auf Anordnung der Volksbeauftragten im Januar 1919 die Mordarbeit abschaffen, weil die Arbeiter durch vier Jahre Krieg gesundheitlich sehr geschwächt und körperlich vollständig ausgemergelt waren. Die Firma verklagte den Staat auf Schadenersatz. Ein endgültiges Urteil wird nicht abgegeben, trotzdem Oberlandesgerichtsrat Dr. Lange, der Sachbearbeiter der Regierung, sagt: „Ich glaube nicht, wenn heute die Gerichte von frischem über die Sache urteilen würden, daß wir verurteilt würden, Schadenersatz zu zahlen.“ (Sitzung des Landtags vom 23. April 1926.) Die Wäcker der Firma über den angeblichen Schaden sind plötzlich verbrannt. Die Firma verlangt „im Vergleichswege“ 245 000 M. Regierung und Landtagsmehrheit bewilligen ein Geschenk von 200 000 Mark. Minister Marquardt lobt die Firma und nennt sie „hochachtbar“. Die Tatsache aber ist: Sehr bedenkliche „Geschäftsmäßigkeit“ der Firma M. G. R., treuehüllige Unterwürfigkeit der schwarzweihroten Mehrheit unter den Willen der Industriebarone. Bezahlen muß das arme Volk.

200 000 M. erhält die Industrie!

Arbeiter, was erhältst du?

Behre dich gegen jede Ungerechtigkeit! Deine einzige Waffe ist der Zusammenschluß mit deinen Arbeitskollegen. Vereint seid Ihr eine große Macht. Gebt den Volkssausbeutern die rechte Antwort und wählt am Sonntag sozialdemokratisch, Liste 1.

Steuerfchmach und -fchande

Drei Jahre Regierung der Sachminkler haben den Landwirten folgende Geschenke gebracht:

Die Landwirtschaft zahlt überhaupt keine Gewerbesteuer mehr.

Die Landwirtschaft zahlt, soweit die Großen in Betracht kommen, nur $\frac{1}{4}$ oder $\frac{1}{2}$ der früheren Grundsteuer.

Die Landwirtschaft zahlt statt 45 Prozent nur 35 Prozent Hauszinssteuer, viele gar keine.

Die Landwirtschaft zahlt zur Hälfte überhaupt keinen Pfennig Einkommensteuer.

Diesen Leuten muß das Steuerzahlen endlich einmal beigebracht werden, damit die wirklich schlecht gestellten Volksteile entlastet werden können. Jede Stimme für die Liste 1 der Sozialdemokratie ist eine Waffe im Kampf gegen die Steuerfchmach und -fchande.

Schützt die Gewerbeaufficht

Wie auf so manchen anderen Gebieten, so waren auch die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie mit ihren alten Forderungen nach einem ausreichenden Arbeiterfchutz in den Betrieben die Bahnbrecher. In den Gewerkschaften war seit Jahrzehnten die Erkenntnis vorherrschend, daß die ganze grobkarierte Technisierung und Industrialisierung der verflochtenen Zahrschneide im letzten Grunde Unfsm sein müßte, wenn man nicht ernsthaft dazu übergeben werde, die menschliche Arbeitskraft vor gesundheitlichen Schädigungen und vor Unfallgefahren in dem immer komplizierter gewordenen Arbeitsprozeß hinreichend zu fchützen. Aber eben weil der Arbeitsprozeß immer verwickelter wurde, deshalb konnte man sich auf die Dauer auch nicht mit der einfachen Forderung nach einem genügenden Arbeiterfchutz begnügen, sondern mußte allmählich auf wissenschaftlicher Grundlage zu einer genauen Beobachtung aller Vorgänge im Arbeitsprozeß fchreiten, die geeignet sind, Leben und Gesundheit des Arbeiters zu gefährden. Es ist nicht Zufall, daß diese Beobachtung zunächst nur auf die Verhütung von Unfällen in den Betrieben gerichtet war. Die Betriebsunfälle waren stets die marantesten Vorgänge in der Wirtschaft, die der breiten Öffentlichkeit die Notwendigkeit des Arbeitersfchutzes illustrierten. Es sei hier nur auf die großen Bergwerfstatastrophen oder auf Explosionsunfälle in feuergefährlichen Produktionsbetrieben und ähnliche Ereignisse hingewiesen.

Nun waren die Unternehmer nicht zu bewegen, freiwillig für ausreichenden Schutz der Arbeiter in den Betrieben zu sorgen. Der Staat mußte deshalb eine Beaufsichtigung der Betriebe von sich aus übernehmen und richtete dazu die Gewerbeaufsichtsinister ein. Seit der Revolution ist im Freistaat Braunschweig ein bedeutender Ausbau des Gewerbeaufsichtsamtes erfolgt und viele hygienischen Verbesserungen sind den Bemühungen dieser Behörde zu danken. Das paßt den Unternehmern aber nicht. Denn jede Verbesserung kostet Geld. Deshalb wählten sie seit langem gegen das Bestehen der Gewerbeaufsicht. Endlich haben sie für ihre reaktionäre Einstellung bei den Sparbeauftragten und den schwarzweihroten Ministern Gehör gefunden. Welde schlagen

die Auflösung des Gewerbeaufsichtsamtes

als selbständige Behörde vor. Die Auseinanderreißung des Amtes liegt aber nicht im Interesse der Arbeiter, sondern würde nur eine ausreichende Kontrolle der Betriebe und die gute Ausbildung der Kontrollreure verhindern. Ausgiebige Gewerbeaufsicht ist nur durch ein selbständiges Gewerbeaufsichtsamts möglich. Dafür treten die Abgeordneten der Sozialdemokratie ein. Wählt deshalb Liste 1.

